

Potsdams]andere[Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

August 2007

Nr. 8 · 3. Jahrgang

Links informiert

3 Junge Leute, „alte Hasen“ –
Mentoring erfolgreich

Im Mittelpunkt

5/9 Babelsberg: Park, Uferweg
und das Weberfest

Kommunales

10 GEWOBA-Interview
zu Betriebskosten

Babelsberger „Dauerbrenner“ im Visier



Feste feiern und das auch mit viel Traditionsbewusstsein – das läuft sehr gut in Babelsberg. Das jährliche „Weberfest“ ist ein gutes Beispiel dafür (Seite 9). Doch es gibt auch „Dauerbrenner“, die die BürgerInnen in dem Stadtteil schon seit längerem bewegen – der Griebnitzsee-Uferweg und der Park Babelsberg. Wie Bürgerinitiativen sich gegen die aus ihrer Sicht sich fortsetzende Willkür wehren, berichten wir auf den Seiten 5 – 8 dieser Ausgabe. Unsere Fotos: Der Griebnitzsee hat „die Mauer“ wieder und eine Velo-Demo.

Auf ein Wort...

René Kohl,
Hauptgeschäftsführer
IHK Potsdam



Schule muss noch Hausaufgaben machen

Die Mitgliedsunternehmen der Industrie- und Handelskammern im Land Brandenburg haben zum vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres wieder ihre betrieblichen Ausbildungsplätze steigern können. Der Zuwachs beträgt fast 12 Prozent, damit stehen wir im Vergleich der neuen Bundesländer an vorderster Stelle.

Leider gibt es immer noch zu viele Schulabgänger, die den Anforderungen einer beruflichen Ausbildung nicht gewachsen sind. Das droht zur Gefahr für die Zukunftsfähigkeit unserer Betriebe zu werden. Die Bildungspolitik muss daher eine neue Gesamtstrategie entwickeln. Wir brauchen bereits für Kindergärten frühpädagogische Lehr- und Lernkonzepte, um die Schulreife unserer Kinder zu sichern. Schon in der Grundschule sollte das Interesse für Natur und Experimente gesichert werden, denn diese Begeisterung ist wichtig, um den Fachkräftenachwuchs in Naturwissenschaft und Technik zu sichern. Ferner müssen in den weiter-

(Fortsetzung auf SEITE 2)

Stupa-Wahlen erfolgreich

Die Hochschulgruppe DIE LINKE.SDS Potsdam hat erfolgreich bei den Wahlen zum Studierendenparlament abgeschnitten. Auch wenn wir die Anzahl unserer Sitze nicht steigern konnten (wir haben weiterhin nur einen Sitz), so konnten wir die Anzahl unserer Stimmen verfünffachen (!) und haben uns von 2,5% im Jahr 2006 auf 5,4% in diesem Jahr gesteigert. Das ist der größte Zuwachs aller Hochschulgruppen. Der Kreisverband Potsdam DIE LINKE. hat uns sehr unterstützt und daher einen erheblichen Anteil an diesem Ergebnis. Dafür möchte ich mich im Namen der Hochschulgruppe bedanken. Die offene linke Liste hat 17% der Stimmen erreicht (Vorjahr 32%) und kommt jetzt auf 5 Sitze (Vorjahr 9).
Peer Jürgens

Sommerfest – Sonnabend, 18. August, Lustgarten

14:00	Begrüßung und Eröffnung Pete Heuer (Kreisvorsitzender Die Linke Potsdam) Mückenheimer Duo
14:10	
14:30	Rolf Kutzmutz im Gespräch mit Ernest Kaltenecker (KP Österreich, Landtagsabgeordneter) und Kerstin Kaiser (Fraktionsvorsitzende Die Linke Landtag Brandenburg) und Edgar Külöw Mückenheimer Duo
15:00	
15:30	Hans-Jürgen Scharfenberg im Gespräch mit Geschäftsführern von Porta, IHK, Studiotour Babelsberg und Weiße Flotte Shows des SC Potsdam
16:00	
16:20	Brassappeal
16:30	Heinz Vietze im Gespräch im Gespräch mit Gunter Fritsch (Landtagspräsident Brandenburg) Brassappeal
17:00	
17:30	Anita Tack im Gespräch mit Katrin Lompscher (Umweltsenatorin Berlin)
18:00	Verlosung Tombola
18:30 – 22:00	Red summer
18:30	Submarien
19:30	Klartext
20:45	Axl Makana
13:00 – 18:00	LaKiJu Kinderbetreuung
16:00	Pampelmuse – Geschichtenlieder

(Fortsetzung von SEITE 1)

führenden Schulen noch stärker fachübergreifende Berufsorientierungen vermittelt sowie die Anforderungen in Ausbildung und Beruf kommuniziert und erlebbar gemacht werden. Die Initiative „Oberschulen (IOS)“ ist der richtige Ansatz. Die IHK Potsdam wird daher die Aktivitäten im „Netzwerk Zukunft. Schule und Wirtschaft für Brandenburg e. V.“ aktiv unterstützen.

Flughafenbus

Urlauber und Geschäftsreisende haben seit dem 9.7.2007 ein attraktives und schnelles Angebot, um mit dem Bus von Potsdam zum Flughafen Schönefeld und zurück zu gelangen. Da es keine öffentlichen Zuschüsse geben soll, kehrt der Bus allerdings außerhalb des VBB-Tarifs zum stolzen Preis von 8,50 EURO für eine Fahrt. Ob ein zahlungsbereites Klientel dafür vorhanden ist, wird sich erst in Zukunft zeigen.

Für Berufspendler zum Flughafen Schönefeld z. B. ist der Fahrpreis nicht akzeptabel.

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam: **Pete Heuer**, Vorsitzender. Alleestr.3, 14469 Potsdam. **VERLAG:** petit édition Potsdam – Verlag und Mediaconsult; **Norbert Fiebelkorn**, Verleger; Friedrich-Ebert-Straße 38, 14469 Potsdam (Verlag und Redaktionen) **Bernd Martin**, Chefredakteur (V.i.S.d.P.); Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 23 78 49-0; Fax: -9; email: pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat.

BANKVERBINDUNG: Deutsche Bank Berlin Kto-Nr. 0311654; BLZ: 100 700 00

DRUCK: OSS-Druck Brandenburg. „PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der Autorin dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.

BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv

Volksinitiative „Sozialticket“: Auf zum Endspurt!

Die Initiatoren der Volksinitiative für ein Sozialticket in Brandenburg zogen Anfang Juli eine Zwischenbilanz: ca.14 000 Unterschriften wurden seit dem 1.Mai 2007 gesammelt. Ungefähr die Hälfte des Weges ist also geschafft.

Unser Ziel, im September die erforderlichen 20.000 Unterschriften vorzuweisen, ist also realistisch und erreichbar. Darum mein dringender Appell, nicht nachzulassen und weitere Brandenburgerinnen und Brandenburger für die Volksinitiative zu gewinnen.

Die Initiatoren der Volksinitiative sind der Arbeitslosenverband Deutschland Landesverband Brandenburg e.V., der Deutsche Gewerkschaftsbund DGB Bezirk Berlin-Brandenburg, die Grüne Liga Landesverband Brandenburg e.V., das Diakonische Werk des Landes Brandenburg, der Paritätische Wohlfahrtsverband Landesverband Brandenburg, die Verein-

te Dienstleistungsgewerkschaft ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg, die Volkssolidarität Landesverband Brandenburg e.V. und DIE LINKE. Brandenburg. Zur Zwischenbilanz wurde u. a. festgestellt, dass die Volksinitiative auf positive Resonanz der Bürgerinnen und Bürger trifft. Kritisiert wurde zugleich die weiterhin ablehnende Haltung der Landesregierung zum Sozialticket in Brandenburg. Die Landesregierung hält den für die ÖPNV-Nutzung im Arbeitslosengeld II enthaltenen Betrag von 11,04 Euro für „bedarfsgerecht“. Die Erfahrungen der beteiligten Sozialverbände belegen aber eindeutig, dass dies nicht der Fall ist.

Deshalb rufen die Initiatoren alle Brandenburgerinnen und Brandenburger auf, sich an der Volksinitiative zu beteiligen. Auch während der Sommerpause und der Sommertour der Landesgruppe Brandenburg der Bundestagsfraktion DIE LIN-

KE. wird es zahlreiche Aktivitäten zum Sozialticket geben.

In Potsdam wären nach ersten Schätzungen ca. 10.800 Betroffene von Arbeitslosengeld II (Hartz IV), 3.300 Bedarfsgemeinschaften, die Sozialgeld erhalten, über 500 Rentner mit Grundsicherung und ca. 350 Asylbewerber potentielle Käufer eines Sozialtickets zum halben Preis.

Die Initiatoren sind sich sicher, mehr als die nötigen 20 000 Unterschriften zu sammeln. Das wird den Druck auf die Landesregierung erhöhen, sich mit der Frage „Sozialticket“ in Brandenburg erneut zu beschäftigen. Denn in Berlin können die Betroffenen schon längst über ein Sozialticket verfügen und im Verkehrsverbund Berlin Brandenburg sollte endlich Chancengleichheit für alle Berechtigten gelten.

Anita Tack (MdL)

Potsdamer Montagskundgebung gegen Hartz IV

Trotz Urlaubssaison und der Tatsache, dass es der heißeste 16. Juli seit der ersten Wetteraufzeichnung in Potsdam war, fand an diesem Tag die Montagsdemo statt. Bei 37,2 Grad Celsius ließen es sich fast 30 Freunde und Sympathisanten nicht nehmen, bei der Montagskundgebung dabei zu sein. Zu unseren Freunden und Sympathisanten gesellten sich im Laufe der Kundgebung noch einige Passanten, die den Rednern zuhörten. So wurde über die Beratung der Koordinierungsgruppe des Bündnisses Bundesweite Montagsdemos berichtet. Neben einem selbstverfassten Gedicht wurde durch verschiedene Redner gegen Niedriglöhne und andere Sozialabbaumaßnahmen gesprochen. Scharf kritisiert wurden die schreienden Widersprüche zwischen der Bereicherung der Wenigen und die Kürzung der Bezüge der armen Bevölkerungsschichten. Der Kreisvorsitzende der Partei „DIE LINKE“, Pete Heuer, solidarisierte sich mit dem Aktionsbündnis gegen Hartz IV und lud zum Sommerfest seiner Partei in Potsdam ein. Gemeinsam wurde von uns die landesweite Demonstration und Kundgebung vom 30.06.07 in Brandenburg an der Havel ausgewer-

tet. Hierbei bekräftigten wir noch einmal unsere Forderungen:

Hartz IV, Rente mit 67, Studiengebühren, Mehrwertsteuererhöhung müssen weg.

Mindestlohn 10,-€, Generalstreikrecht, Solidarität mit Streikenden müssen her.

Die Politik und das Verhalten von Gewerkschaftern der Chefetagen sind anzuprangern.

Privatisierungen kommunaler Wohnungen, der Wasser- und Energieversorgung sind zu unterbinden.

Post, Bahn und Energiekonzerne sowie alle Einrichtungen des Gesundheitswesens gehören gemäß Grundgesetz in Gemeineigentum.

Unsere nächsten Aktivitäten sind:

30.07.07, 17.00 Uhr Infostand Brandenburger Straße

18.08.07 Infostand beim Sommerfest der Partei „DIE LINKE“ mit Beratung durch das Aktionsbündnis gegen Hartz IV im Land Brandenburg.

Teilnahme am II. Sozialforum in Cottbus
17.09.07, 18.00 Uhr Montagskundgebung
13.10.07 6. Sternmarsch in Berlin

Horst Jäkel

Kein Ferienticket 2007

Brandenburger Schüler müssen in den Ferien zu Hause bleiben oder Ausflüge teuer bezahlen

Im letzten Jahr konnten sie in den sechswöchigen Sommerferien für nur 29 Euro mit öffentlichen Verkehrsmitteln durch das ganze Land fahren. In diesem Jahr gibt es kein Ferienticket. Wer trotzdem VBB-weit unterwegs sein will, zahlt fast das Zehnfache.

In benachbarten Bundesländern wie zum Beispiel Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt werden attraktive Ferientickets zu 25 bzw. 18 Euro angeboten.

Die LINKE-Fraktion kritisiert, dass sich der VBB und die Verkehrsunternehmen im Land nicht auf ein Ferienticket einigen konnten. Die Schülerinnen und Schüler müssen sich entscheiden, ob sie ihr Taschengeld für ein Eis oder einen Fahrschein ausgeben.

Ein Ferienticket dient nicht nur dazu, Schülerinnen und Schülern günstige ÖPNV-Fahrten im ganzen Land zu ermöglichen, sondern wirkt auch positiv auf das spätere Mobilitätsverhalten der jungen Menschen hin, so dass sie auch später den ÖPNV für ihre Fahrten nutzen. Außerdem ist der ÖPNV umweltfreundlicher und weitaus sicherer als das Auto.

Dach & Wand Ltd. bietet an:
z.B. 100 m² Dach
(Incl. Abriss, Entsorgung, Folie, Lattung, Tonpfanne naturrot)
nur 4.980,-€ oder für nur 54,-€* im Monat
*100% Auszahlung, effektiver Jahreszins 4,28%

- Fassadenbau mit innovativen Lösungen für feuchte Außenwände
- Flachdachsysteme
- Innenausbau/Komplettlösungen

Schnell handeln lohnt sich!
Hohendorfer Straße 11, 39218 Schönebeck, Tel.: 0391 5639547

Verdienst- möglichkeit

Wir suchen für
„Potsdams andere Seiten“
(Potsdam) und

„Märkische Gärtnerpost“

(Kreise Potsdam, Potsdam-Mittelmark und
Teltow Fläming)

Medienberater/ Anzeigenverkäufer

auf günstiger Provisionsbasis. Interessenten
melden sich bitte dienstags oder
donnerstags in unserer Redaktion unter
0331/23 78 49-0.

Junge Leute und „alte Hasen“

Mentoring-Programm der SVV-Linksfraktion war erfolgreich



„PDS-Fraktion verjüngt sich“ und „Wir drücken den Durchschnitt“... - so lauten die Überschriften in der örtlichen Presse im Ergebnis einer Pressekonferenz Ende März 2007, in der das Mentoring-Programm der Fraktion DIE LINKE in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung vorgestellt wurde.

Die Mentees, acht junge Leute im Alter von 20 bis 33 Jahren, bereiten sich seit Januar 2007 kontinuierlich auf ihren Einstieg in die Kommunalpolitik vor.

Grundlage dafür sind die Mentoring-Vereinbarungen, geschlossen zwischen dem Fraktionsvorsitzenden, dem Mentor und dem Mentee, mit denen alle Beteiligten gleichermaßen Verantwortung für das Gelingen dieses bundesweit bisher einmaligen Programms der gezielten Nachwuchsförderung übernehmen.

Nach Ablauf der vereinbarten Laufzeit von sechs Monaten, von Januar bis Juni 2007, ist festzustellen: Das Ziel ist erreicht! Das Projekt ist gelungen! Der Einsatz hat sich gelohnt!

„Nutznießer“ sind sowohl die jungen Leute als auch die „alten Hasen“, Letzteres ist im Wortsinn gemeint, liegt doch das Durchschnittsalter der Fraktion im Moment bei 57,7 Jahren.

Gerade aus Sicht der Mentees wird positiv hervor gehoben, dass sie sich immer ernst genommen und als teil der Fraktion fühlten. Durch kurze Informationswege und die Betreuung durch

die Mentoren gelang die Einarbeitung in die von den Mentees selbst gewählten politischen Felder meist sehr gut.

Mit Anträgen, Kleinen Anfrage und Anfragen an die Stadtverordnetenversammlung haben sie bereits eigene Akzente gesetzt. So kam die Idee für den Antrag, noch in dieser Vegetationsperiode wirksame Maßnahmen zu Bekämpfung der Ambrosia artemisiifolia einzuleiten, von einem Mentee. Dieses Thema ist nicht gerade typisch für Anträge der Fraktion, enthielt gut durchdacht konkrete Vorschläge, wie das zu machen sei und fand ein einflussvolles Presseecho.

Mit der regelmäßigen Teilnahme an den Fraktionssitzungen und –klausuren und an den Beratungen der Ausschüsse sammelten die Mentees Erfahrungen in dem doch recht anspruchsvollen und zum Teil mühsamen Alltag eines Kommunalpolitikers.

Positiv hervorzuheben ist, dass alle 8 das Mentoring-Programm beendet haben.

Die Fragestellungen, Ansichten und Erfahrungen, welche die Mentees sachlich begründet und selbstbewusst in die Diskussionen gegeben haben, öffneten so manches Mal neue Sichtweisen und brachten die gewisse Routine, mit der eine Fraktion das breite Spektrum kommunalpolitischer Themen bearbeiten muss, außer Tritt.

Auf der einen Seite konnten sich die jungen Leute manche ideologischen



Hörner an der Realität der Kommunalpolitik abstoßen, aber auf der anderen Seite hat sich auch klar gezeigt, dass die Perspektive junger Menschen die Fraktion bereichert.

Wenn alle Acht nach dem Absolvieren dieses „Probelaufes“ (oder „trotzdem“?!) ihren Entschluss, zu den Kommunalwahlen 2008 als Kandidaten für die Stadtverordnetenversammlung anzutreten, aufrecht erhalten, dann ist das Beweis dafür, dass junge Leute durchaus bereit sind, politische Verantwortung zu übernehmen, auch in dem Wissen, was gerade in der Kommunalpolitik auf sie zu kommt, wie viel Kraft, Ausdauer, Geduld, Disziplin, Zeit das kostet, wie viel Fach- und Sachverstand eingesetzt werden muss.

Und es beweist: Von nichts kommt nichts!

Das Bemühen um junge Leute, das kameradschaftliche Miteinander in der politischen Arbeit, die gegenseitige Akzeptanz, die Bereitschaft voneinander zu lernen und das Ebnen von Wegen zu Erfolgen, mögen sie auch noch so klein erscheinen, lohnt sich, und zwar für alle. Vor allem aber bereichert es das politische Leben und die politische Kultur, nicht nur in unserer Partei.

*Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender
Moritz Kirchner
Mentee
Dr. Sigrid Müller
Geschäftsführerin*

„Krawallpartei“?!

Über das Verhältnis der Linken zur SPD und umgekehrt

„DIE LINKE“ - hat sich am 16. Juni in Berlin gegründet. Zugegeben, ein wenig unbescheiden klingt das schon DIE LINKE. Aber wir sind nicht ange-treten, uns in Demut und Bescheidenheit zu üben. Immerhin haben Linke es geschafft – entgegen ihres zuweilen gepflegten Egos – sich zu vereinen. Damit ist die einzige im Deutschen Bundestag vertretene linke Partei entstanden. In Umfragen sind Ergebnisse bis zu 14% prognostiziert und tausende neuer Mitglieder in nur wenigen Wochen eingetreten. Eine Entwicklung; die bei der SPD nicht für Freude sorgt. Die ersten Reaktionen von führenden Vertretern der Sozialdemokratie sind schroff ablehnend. Unser neues Logo wird als „Spaltkeil“ tituliert. Nur – wen spaltet DIE LINKE? Möchte die SPD auch Linke sein? Wohl eher nicht. Ein Blick in den neuen Programmtext der SPD zeigt, worin die Unterschiede bestehen. Die Sozialdemokratie nimmt Abschied vom Begriff „Sozialismus“. Statt dessen wird unscharf von „sozialer Demokratie“ gesprochen. Abschied auch von unbefristeten Arbeitsverhältnissen und geregelten Arbeitszeiten, Mindestlöhne sollen allenfalls existenzsichernd sein. Wort und Tat könnten unterschiedlicher nicht sein. Sich als Friedenspartei, die Angriffs- und Präventionskriege ablehnt, zu bezeichnen, sollte sich angesichts der Zahl der Auslandseinsätze der Bundeswehr verbieten. Tornados werden nicht nur in Afghanistan sondern auch gegen Demonstranten in Heiligendam bei G8-Treffen eingesetzt. Angesichts des laxen Umgangs mit Guantanamo an das Völkerrecht anzuknüpfen ist ungläub-würdig. Die geforderte Einführung der Bürgerversicherung ist gerade an der SPD gescheitert, und was die kostenfreie Kita-Betreuung angeht, haben wir in Brandenburg andere Erfahrungen mit der SPD. Die Hartz IV-Kalkulation sieht 97 Cent für das Mittagessen eines Kindes vor - nur kostet es im Durchschnitt 2,20 €. Das sind die Realitäten in diesem Land. Ein Blick nach Brandenburg. Matthias Platzeck warnt DIE LINKE davor, auf „Krawallkurs“ einzuschwenken. „... dann wird die Zusammenarbeit hier im Land ausgeschlossen sein.“ Für Krawall sorgt in Brandenburg die Regierung – zuletzt mit der Forstreform. Und wer meint, dass man unter den oben genannten Prämissen mit ihm zusammenarbeiten möchte, der irrt. Vieles im SPD-Programmtext klingt gut – klingt viel besser, als die reale Politik. DIE LINKE möchte die Gesellschaft verändern. Wie sie sich dazu verhält - daran wird sich die SPD messen lassen müssen.

Pete Heuer

Weinheimer LINKE nimmt Fahrt auf

Potsdamer Linkspartei unterstützt LINKES Straßenfest in Baden-Württemberg

Bereits im vergangenen Jahr hatte die Potsdamer Linkspartei eine Kooperation mit der Weinheimer und der Geisslinger Linkspartei beschlossen.

Am 14. Juli begrüßte die Weinheimer LINKE mit einem Straßenfest die Gründung der neuen LINKEN. Mit hohem persönlichen Einsatz hatten die ca. 20 Mitglieder des Stadtverbandes diesen Tag vorbereitet. 100 Plakate und 10.000 Postkarten waren im Vorfeld im Stadtgebiet verteilt worden. Das malerische Städtchen am Rande des Odenwalds war zumindest op-

tisch fest in LINKER Hand. Ort des Geschehens war ein Platz in der Weinheimer „Weststadt“. Dort hatte die WASG bei der letzten Landtagswahl mit tatkräftiger Unterstützung auch der Potsdamer Genossen in einigen Wahllokalen bis zu 16% der Stimmen für sich gewinnen können. Das Programm wurde neben den politischen Beiträgen, u.a. vom Potsdamer Kreisvorsitzenden Pete Heuer, von der Hamburger Liedermacherin Janina und dem Mannheimer Comedian Boris T. Kaiser gestaltet. Und auf dem Fest zeigte

sich, dass sich die Wahrnehmung unserer Partei auch in den alten Bundesländern unter dem Eindruck der aktuellen Entwicklungen langsam aber sicher verändert. So zählte neben vielen Weinheimern unter anderem eine lokale Stadträtin der SPD zu den interessierten Besuchern. Und am Ende eines anstrengenden Tages konnte die Weinheimer LINKE sechs Neueintritte verzeichnen. Im August wird eine Delegation der Weinheimer LINKEN zum Gegenbesuch auf dem Potsdamer Sommerfest erwartet. s.w.

Von „billig, aber schlecht“ zum Qualitätssiegel

August 1887

Waren aus Deutschland wurden in den 60er und 70er Jahren des 19. Jahrhunderts als „billig, aber schlecht“ belächelt. Trotzdem eroberte sich das deutsche aufsteigende Kapital einen festen Platz auf dem Weltmarkt. Nicht zuletzt in der „Werkstatt der Welt“, in England, wurde nach und nach der Markt mit den billigen deutschen Waren überschwemmt. Als am 23. August 1887 der Merchandising Marks Act (Warenzeichengesetz) erlassen wurde, der hohe Strafen für die Fälschung geltender Schutzmarken und falsche Angaben über Gewicht, Menge, Erzeugungsart, Rohstoffe, Herkunftsort und -land androhte, war für den aufmerksamen Beobachter klar, in welche Richtung er tatsächlich zielte. In Para-



graph 16 war ein Einfuhrverbot für alle im Ausland hergestellten Waren festgeschrieben, die keine exakte Angabe des Herkunftslandes aufwiesen. Da mit dem Herkunftsland in erster Linie Deutschland gemeint war, machte im Volksmund bald der Begriff „Made in Germany“ die Runde. So mancher englische Kunde sah sich in Erstaunen versetzt, als er auf den schon seit Jahren in bester Qualität bezogenen Waren das Brandzeichen „Made in Germany“ entdeckte. Das Brandmal wurde zur Werbeformel...

Bleibt noch anzumerken, dass man 1909 die entsprechende Gesetzespassage wieder strich; Qualitätsarbeit aus Deutschland jedoch weiter den Markt der britischen Insel eroberte. *b.m.*

In memoriam Gertrud Bartel

August 1982

Am 16. August 1982 verstarb im 77. Lebensjahr Gertrud Bartel, eine Parteiveteranin, die 55 Jahre in den Reihen der Partei gestanden hatte. Zeitig fand sie den Weg in die Gewerkschaft. Im Zentralverband der Gewerkschaft der Angestellten setzte sie sich bis 1933 vor allem für die Rechte der Frauen ein. Seit 1927 Mitglied

der KPD, war für Gertrud Bartel kein Platz mehr in der Deutschen Arbeitsfront (DAF), der faschistischen Zwangsgewerkschaft.

Im Nachruf der Bezirksleitung Potsdam der SED heißt es abschließend: „Als langjähriger Sekretär einer Wohnparteiorganisation, als 2. Sekretär der Stadtbe-

zirksleitung der SED Potsdam-West, als Sekretär im DFD-Kreisvorstand Potsdam und als politischer Mitarbeiter der SED-Bezirksleitung Potsdam hat sie sich bleibende Verdienste erworben. Bis ins hohe Alter war sie ehrenamtliche Mitarbeiterin der SED-Bezirksleitung Potsdam.“

Höflichkeit ist eine Zier ...

August 1947

Seit ihrer Gründung am 01. Juli 1945 bemühten sich die Angehörigen der Deutschen Volkspolizei, ihr Image als „Freund und Helfer“ aufzubauen und zu festigen. Und eine Polizei des Volkes hat auch höflich zu sein! Nicht verwundert also die Tatsache, dass die Polizei von Groß-Potsdam vom 04. – 10. August 1947 eine „Höflichkeitswoche“ durchführte. Herr Groß, Stadtpolizeichef, erklärte auf Fragen eines Pressevertreters: „Der Zweck der Höflichkeitswoche ist nicht, eine Woche lang höflich und zuvorkommend zu sein – nein – diese Höflichkeits-



woche soll nur der Auftakt zu dauernder Höflichkeit bedeuten.“ Ob in der „Höflichkeitswoche“ mehr oder weniger

Strafmandate an Verkehrsteilnehmer verteilt worden sind, verschweigen die Quellen allerdings.

Ein Mann von hoher Konsequenz

Theodor Brylla (06. Januar 1882 – 07. August 1962)

August 1962

Als vom 05. November bis zum 03. Dezember 1947 die erste offizielle Delegation des FDGB unter Leitung des 1. Vorsitzenden Hans Jendretzky zu den Feierlichkeiten anlässlich des 30. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in der Sowjetunion weilt, ist auch Theodor Brylla, 3. Vorsitzender des Landesvorstandes Brandenburg des FDGB dabei. Er gehört keiner politischen Partei an. Vor 1933 war er ein führendes Mitglied der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften und hatte sich nach Beendigung des Krieges für eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation auf zentraler

Ebene eingesetzt. Am 07. August 1945 war er Mitunterzeichner des Gründungsauftrags für den FDGB in der Provinz Brandenburg gewesen. Ein verdienter Gewerkschafter also.

Während des Aufenthalts der Gewerkschaftsdelegation in der Sowjetunion geschah dies: Der Sohn Theodor Bryllas, Alfons, galt als im II. Weltkrieg verschollen. Dennoch bat Hans Jendretzky die sowjetischen Behörden zu prüfen, ob sich Alfons Brylla nicht doch in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager befände. Kurz vor Heimreise der Delegation in die sowjetisch besetzte Zone erfuhr Theodor

Brylla, dass sein Sohn in einem solchen Lager tatsächlich den Krieg überlebt hatte. Die sowjetischen Behörden gestatteten ein Wiedersehen in Moskau. Mehr noch, sie boten an, dass Theodor Brylla seinen Sohn mit nach Hause nehmen könne. Nach langem Überlegen lehnte er ab und begründete seine Entscheidung damit, dass es keine Ausnahme geben dürfe, wenn es darum gehe, für das große Verbrechen „Krieg“ zu sühnen – auch nicht für seinen Sohn. Jahre später erst kehrte Alfons Brylla in die Heimat zurück.

Bürgerinitiative für ein lebendiges Denkmal

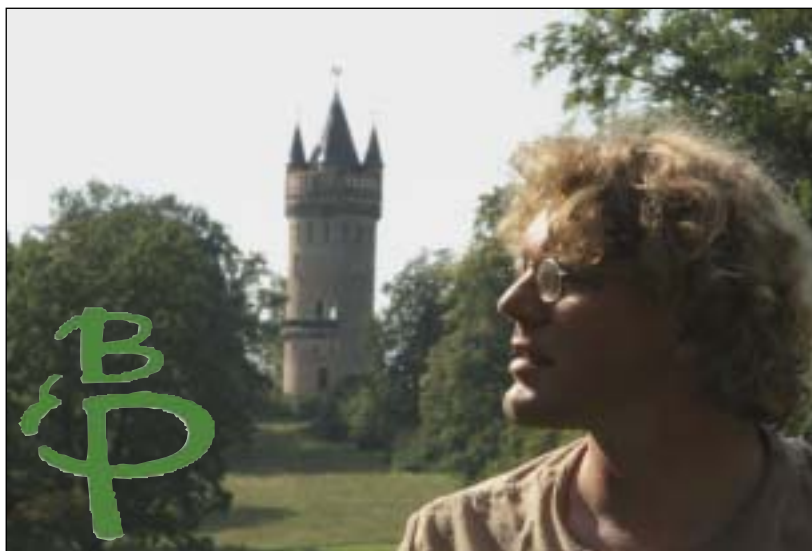
Restriktive Parkordnung führte Babelsberger zusammen – Interview mit Peter Moser von der Bürgerinitiative „Babelsberger Park“

Herr Moser, Ihr Dialekt verrät, dass Sie bestimmt nicht als Kind im Babelsberger Park Schlitten gefahren sind. Wie sind Sie zu der BI gestoßen?

Ich lebe seit 20 Jahren hier. Ich habe mich als junger Mann in diese Stadt verliebt und die Parks waren ein Teil dieser Liebe. Im März / April kamen Parkwächtern auf mich und meine Familie zu und forderten uns auf, die Wiesen zu verlassen: „Ab Mai werdet ihr dafür bezahlen“. Da es anderen Eltern ebenfalls so ging und sich Babelsberger auch schon in anderen Interessengruppen zusammengefunden hatten, genügte eine kleine Zettelaktion und die Bürgerinitiative war gebildet.

In der Satzung der SPSG steht, dass „die Stiftung der Erhaltung und Pflege der Kulturgüter den Vorrang zu geben“ hat. Zweites satzungsgemäßes Ziel ist jedoch die Bewahrung und Pflege der Schlossgärten und Parkanlagen zur Nutzung als Erholungsgebiet. Wird die SPSG dieser zweiten Aufgabe gerecht?

Die Stiftung wird dieser Aufgaben nur ansatzweise gerecht. Sicherlich, man hat inzwischen Schritte in Richtung ‚Nutzung als Erholungsgebiet‘ unternommen, das reicht bei weitem aber nicht aus. Erholung ist alleine von befestigten Wegen nicht möglich, man kann so nur einen beschränkten Teil der Natur in sich aufnehmen. Kinder lernen den Park nur lieben, respektieren und verantwortungsbewusst zu verhalten, wenn sie ihn auch begreifen und betreten dürfen. Die Stille und Ruhe des Parks kann man natürlich auf einer der wenigen, von vielleicht 10 bis 15 Parkbänke genießen, schöner ist es aber doch auf einer der ausgedehnten Wiesen. Und der Park hat dafür Platz genug. Der Zuschuss der öffentlichen Kassen beträgt bis 2008 jährlich 32,4 Millionen Euro (Bund 12,9; Brandenburg 11,3; Berlin 6,6 Millionen Euro). Doch hält sich die Stiftung bedeckt, welchen finanziellen Aufwand sie jährlich zur Erfüllung dieses zweiten Satzungszieles betreibt. Geht man von den Parkfotos auf der Internetseite der SPSG aus, scheint das Konzept der Stiftung ein Park ohne Menschen zu sein. Und das findet seine Fortsetzung in der restriktiven Parkordnung. Doch das funktioniert nicht für Parks in einer Stadt. Damit werden nur Konflikte, Aggressionen und Vandalismus unterstützt. Wir wollen ein Konzept



des lebendigen Kulturdenkmals. Warum sollte es z. B. verboten sein, in der Gerichtslaube ein Lied zu singen?

Die neu ausgewiesenen Liegewiesen am Ufer wurden gut angenommen. Reicht das Angebot?

Nein, es reicht nicht! Dennoch war es ein richtiger Schritt, um die Situation insbesondere bei den Jugendlichen zu deeskalieren. Im Süden des Parks sollten noch Liegewiesen geschaffen werden. Wichtig ist auch, dass man Wiesen zum Ballspielen und Drachensteigen hat bzw. im Winter einen Schlittenberg. Aber es geht nicht nur um Liegewiesen. Es gibt mehrere Interessengruppen, So fahren z.B. im Babelsberger Park sehr viele Senioren Fahrrad, weil die Straßen für diese Altersgruppe viel zu unsicher sind.

Wie hat sich der Kontakt zur Stiftung entwickelt, was ist geplant?

Zunächst gab es nur Kontakte auf Podiumsdiskussionen. Es gab dann ein offizielles Treffen mit der SPSG. Wir haben darin sehr viele Fragen gestellt, wir wollten Belege für Behauptungen der SPSG haben, dass z.B. die Fahrräder die Wege kaputt machen. Diese konnte die SPSG nicht erbringen. Nach der Sommerpause werden wir mit der SPSG einzelne Problemzonen des Parks genauer ansehen.

Wie beurteilt die BI die Argumente zur Einführung der Fahrradschiebestrecke?

Dass die Fahrradfahrer die Hauptursache

für Defekte in den „wassergebundenen Wegdecken“ (s. S. 7, d. Red.) sind, konnte die Stiftung nicht glaubhaft nachweisen. Die Bodenerosion auf Grund der Niederschläge und die Schäden durch die Reifen der stiftungseigenen Versorgungsfahrzeuge sind die eigentlichen Ursachen. Der durchgehende Fahrradweg ist eines der Hauptziele der BI.

Die Stiftung hatte erklärt, die Regelungen zur Freigabe von Radwegen werde am Jahresende „evaluiert“. Wird die BI daran beteiligt?

Von Seiten der Stiftung gibt es noch keine Einladung.

Die Fahrraddemo an der Behlertstraße zeigte, dass Bürger trotz Differenzen in den Interessenslagen für übergreifende Ziele demonstrieren können. Wie werden solche Differenzen in der BI miteinander ausgetragen?

Wir suchen in der BI immer einen gemeinsamen Nenner – das ist echte Basisdemokratie. Natürlich gibt es unterschiedliche Interessenslage. Die größte Kluft lag zwischen den Hundebesitzern und Eltern mit Kleinkindern. Doch wir haben in der BI ein Forum gefunden, auf dem man die Probleme anspricht und voneinander lernt, z.B. wie wichtig es ist, Hunde auch frei laufen zu lassen.

Weiterhin haben wir eine sehr intensive interne Kommunikation in einer Yahoo-Group, bevor wir uns öffentlich äußern. Natürlich sind nicht alle Interessenslager paritätisch bei uns vertreten. So machten zum Anfang weitaus mehr Senioren bei uns mit. In der BI sind weiterhin die Behinderten zu wenig vertreten und die Jugendlichen haben sich eine eigene Austauschplattform unter www.parkblog.de aufgebaut.

Nach der Sommerpause machen wir dann wieder mit frischer Kraft weiter und laden alle Interessenten zu den nächsten Treffen der BI ein.

Mittlerweile wurden schon 9.500 Unterschriften gegen die neue Parkordnung gesammelt. In dem Brief an die Stiftung Preussische Schlösser und Gärten (SPSG) heißt es: „Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen und wollen dafür mit Ihnen eine lebensnahe Lösung finden, dass der Babelsberger Park als Kulturgut beachtet und geschützt und als Lebensraum für Pflanzen und Tiere respektiert wird, wir Menschen uns als Gäste aber trotzdem frei darin bewegen können.“

Stiftung Preussische Schlösser und Gärten
Berlin-Brandenburg
Postfach 60 14 62
14414 Potsdam
Internet: www.spsg.de

Bürgerinitiative
Babelsberger Park
Peter Moser
Alt Nowawes 22
14482 Potsdam
Internet:
www.babelsberger-park.de
mail@babelsberger-park.de



Aus aktuellem Anlass hatten der Generaldirektor der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten, Prof. Dr. Dorgerloh und ich die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung für Donnerstag, den 5.7.2007 von 18:00 bis 20:00 Uhr zu einer Begehung des Babelsberger Parkes eingeladen.

STEPHAN WORSECK hat uns als Vertreter von „Potsdams andere Seiten“ begleitet.

Obwohl der Himmel bedrohlich dunkel aussah haben wir uns pünktlich um 18:00 Uhr auf unsere Tour begeben. Gleich zu Beginn hat Prof. Dorgerloh festgestellt, dass er heute nicht die Funktion des Parkwächters ausüben wird; er hätte auch schlechte Karten gehabt. Denn gleich zu Beginn sah man über die schützenswerten Wiesen rechts und links der Wegstrecke in Richtung Strandbad freilaufende Hunde. Auf dem Weg vom Eingang Mühlentor wurde uns erläutert, was diese Wiesen so schützenswert macht. Am Bad angekommen wurde uns anhand der Karte erklärt, welches Stück des Badestrandes im Besitz der Stadt und welches Teilstück der Stiftung gehört; auch die historische Wegführung war auf den Karten zu sehen. Das Gespräch kam folgerichtig auch auf einen möglichen Flächentausch bzw. auf eine Verkleinerung der Strand- und Badefläche. Doch in dieser Angelegenheit ist noch keine Entscheidung gefallen. Ich würde mir einen Erhalt des Bades an dieser und keiner anderen Stelle wünschen und werde mich auch dafür einsetzen.

Entlang der Havel kamen wir vorbei

Zwischen „Denkmal“ und „Volkspark“

Stadtverordnete informierten sich auf Rundgang durch den Park Babelsberg



am neuen Anleger für das Wassertaxi, eine nicht unumstrittene Baumaßnahme, obwohl an dieser Stelle schon früher Boote anlegen konnten. Unser Weg führte dann über die „Schiebestrecke“ für Fahrräder, aber von 10 Radfahrern, denen wir begegneten, haben nur 2 ihr Rad geschoben. Auf Nachfrage erfuhren wir, dass es wohl nur in Bad Muskau erlaubt sei mit dem Rad den gesamten Park zu durchqueren. Der Weg zum Schloss Babelsberg, vor allem an der Rosentreppe, war deutlich von den letzten Regengüssen gezeichnet, in Form von ausgewaschene Seitenrinnen. Da hel-

fen auch keine Gullys, denn bei extrem starken Regenfällen schießt das Wasser darüber hinweg. Das Schloss wurde mittlerweile gesichert, um dann, wenn innerhalb der Stiftung die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, mit den Bauarbeiten beginnen zu können. Auf dem Weg zur Gerichtslaube öffnete dann doch noch der Himmel seine Schleusen; doch wir ließen uns nicht davon abbringen, den begonnenen Rundgang zu Ende zu bringen.

Alles in allem, so das Fazit aller Beteiligten, war es eine gelungene Veranstaltung, die uns Stadtverordneten

die Möglichkeit gab, uns über die Bedingungen, die für eine konsequente Umsetzung der Parkordnung aus Sicht der Stiftung sprechen, ein Bild zu machen; die jedoch auf der anderen Seite auch Raum gab für Nachfragen und Diskussionen über das Wieso und Warum. Zwischen Denkmal und Volkspark bewegt sich die Stiftung sicher auf einem schmalen Grat, um sowohl die konservatorischen und denkmalpflegerischen Aspekt mit unbedenklicher Familienidylle zusammen zu bringen. Dennoch hatte ich den Eindruck, dass durch die vielen Gespräche, Proteste und Diskussionen auch bei der Stiftung und ihrem Generaldirektor ein Prozess des Nachdenkens eingesetzt hat.

Noch eine Bemerkung in eigener Sache: Nicht zurück nehmen sollte die Stiftung das Verbot, Hunde frei umherlaufen zu lassen. Da sollte sie hart bleiben, denn dort, wo sich Kinder frei bewegen können, sollte dies ohne Angst der Eltern oder Erzieher, dass eines der Kinder von einem freilaufenden Hund gebissen werden könnte, geschehen.

Ich bin gespannt, wie weit sich die Stiftung auf dem Weg hin zur Bürgerfreundlichkeit bewegen und wie die Entscheidungen das Strandbad betreffend ausfallen werden.

Birgit Müller
Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Radfahren im Babelsberger Park

Und noch einmal: Der Babelsberger Park und seine Durchquerung mit dem Fahrrad



Offensichtlich erregt das Thema die Emotionen aller irgendwie Betroffenen. Seit diesem Jahr gilt nun verbindlich und Zuwiderhandlungen werden geahndet: „Radfahrer können zwischen 06:00 Uhr und Sonnenuntergang den asphaltierten, mit einer unterbrochenen grünen Linie gekennzeichneten Weg befahren. Bitte fahren Sie Schrittgeschwindigkeit. Auf den als „Radschiebestrecke“ aus-

gewiesenen Wegen darf das Fahrrad nur geschoben werden. Auf allen übrigen Wegen gilt das absolute Mitnahmeverbot von Fahrrädern. Fußgänger haben absoluten Vorrang!“

Auch früher war das Durchradeln des Babelsberger Parks verboten. Das heute als Schiebestrecke ausgewiesene Stück konnte durch die Grenze zeitweise überhaupt nicht genutzt

werden. Aber danach bürgerte sich das Durchfahren des Parks schnell ein. Die Meisten wussten wahrscheinlich, daß das nicht ganz legal war. Aber wen interessierte schon eine Parkordnung, deren Einhaltung sowieso nicht kontrolliert wurde.

Verschiedene lokale Radwege führten plötzlich durch den Park. Auch Touristikbetriebe wie „potsdam per pedales“ nahmen den Weg in ihr Programm auf. Es ist ja schließlich viel umweltfreundlicher, die Gäste durch die Parks radeln zu lassen als per Auto zu fahren, was Gott sei dank auch nicht gestattet ist. Und nicht jedem eiligen Reisenden sind lange Fußmärsche zuzumuten.

Wir fragten die Verantwortlichen, Frau Anette Kretschmann vom ADFC Brandenburg und Herrn Tom Sehrer von „potsdam per pedales“ zur gegenwärtigen Entwicklung.

Beide sehen im o.g. Zusatz zur Parkordnung eine Verbesserung im Vergleich zum unsicheren Zustand der Vergangenheit, als das Radfahren im Park generell verboten war, man es aber trotzdem tat. Somit haben wir

einen Schritt in die richtige Richtung. Beide wünschen sich natürlich eine Verlängerung der asphaltierten Wege, so dass der Babelsberger Park eines Tages komplett und ohne Androhung von Strafen durchfahren werden kann. Denn speziell die Stadtführungen per Fahrrad, die bei Potsdamtouristen immer beliebter werden, verlängern sich unnötig bei strikter Einhaltung der Schiebestrecken. Auch steht für „potsdam per pedales“ zu befürchten, daß einige Touristen sich gar keine Räder ausleihen werden, wenn sie dann doch schieben müssen.

Hier ist sicherlich auch die Stadtverwaltung gefragt, denn der Ausbau des Radweges durch den Babelsberger Park wird wohl kaum von der Schlösserstiftung allein zu erwarten sein. Vielleicht ist ja nun Geld frei geworden, wenn das Spaßbad nicht gebaut werden kann.

Nur gemeinsam und mit beiderseitigem guten Willen im Interesse der Babelsberger und Potsdamer und ihrer Gäste kann es hier eine Verbesserung geben.

Klaus Muss

Sichtschutz am Griebnitzseeufer

Stützmauern, Zäune und Hecken verbergen das „historische Griebnitzseeufer“

Das Jahr 2007 wird wieder in die Baugeschichte am Griebnitzseeuferweg als ereignisreich und folgenreich eingehen. Die Stadtverwaltung hat die ca. 1300 Zuschriften zum B-Plan Entwurf innerhalb von 8 Monaten ausgewertet und daraufhin 63 Veränderungen eingearbeitet. Die Entscheidung zum B-Plan steht aber noch aus.

Trotz fehlenden B-Planes wurde in diesem Jahr die Verlegung des Uferweges für zwei weitere Grundstücke auf der Grundlage der Einigung im Bereich Virchowstraße fortgesetzt. Wie hieß es doch in der Pressemitteilung Nummer 322 aus dem Jahr 2005 von Oberbürgermeister Jann Jakobs zu diesem Thema: „Hier wird demnächst ganz handfest ein neuer Weg in einer kulturvoll und nach historischem Vorbild gestalteten Uferlandschaft angelegt.“

Der geneigte Leser möge bei einem Spaziergang selbst urteilen, wie kulturvoll in Höhe Virchowstraße 31 die Wegverlegung gelungen ist. Hier haben es die Bauherren verstanden, mit vollkommen schlichten Gestaltungsmitteln eine 1,80 m hohe Betonmauer mit einem 1,40 m hohen Gittermatten-

zaun zu krönen und damit eine stolze Gesamthöhe von 3,20 m (z.Z. ohne Hecke) zu erzielen.

Da dies zu ahnen war und es im B-Plan dazu keine Festlegung gab, hatte ich vor einem Jahr in der Zuschrift zum B-Plan gefordert: „Das Bodenprofil des Gartens darf nur so verändert werden, dass maximal 1,20 m hohe Stützwände erforderlich werden. Stützmauer und Zaun dürfen eine Höhe von insgesamt 1,50 m nicht überschreiten“. Als laufende Nummer 1274 erfuhr ich nun, dass man den Regelungsbedarf erkannt hat und ihn teilweise bei der Überarbeitung berücksichtigte. Danach will man nun Stützmauern bis 1,50 m zuzüglich 0,90 m Zaun gestatten. Geht der B-Plan so durch, dann kann sich die historische Uferregion in weiten Teilen hinter einer 2,40 m hohen Sichtblende verstecken dürfen.

Eine in diesem Zusammenhang mir zugeschickte, literarisch gekonnte nachträgliche Absolution von illegalen Bepflanzungen am Griebnitzseeufer durch die Stadtverwaltung, möchte ich Ihnen nicht vorenthalten. Da heißt es im Abwägungsvorschlag für C.2.7.a: „... Die vorhandenen Hecken wasserseitig des Weges, wie sie in einigen Bereich seil längerer



Zeit vorhanden sind, sollen zunächst erhalten bleiben, da sich hier einige bis zum Ufer restituierte Grundstücke befinden, die seit der Restitution in privater Nutzung sind. Im Gegensatz zu anderen Bereichen trägt hier der Uferbereich einen eigenen Charakter, der bei Nutzung des Weges beispielsweise durch die vorhandenen Hecken am Weg deutlich wird. Die Hecken sind auf diesem Teilstück des Weges Bestandteil des Landschaftsbildes...“

Betrachtet man von diesem Standpunkt aus die jüngst erbaute 1,80 m hohe Betonmauer mit dem 1,40 m hohen Gittermattenzaun (Fotos), so wird vielleicht von dieser Mauer auch einmal eine beispielgebende Wirkung ausgehen und die Stadtverwaltung wird diese dann später auch einmal als „Bestandteil des Landschaftsbildes“ loben.

Dieses sehr kleine Beispiel zeigt, wie schnell rechtsfreie Räume ausgenutzt werden. Deshalb bitte ich die Abgeordneten der LINKEN: „Seid wachsam“!
Stephan Worsack

Wassergebundene Wegedecken

Auch die älteste Wegeform muss handwerklich gut ausgeführt werden

„Die wassergebundene Decke gehört zu den ältesten Wegeformen. Sie ist auch als Splitt- oder Kiesweg bekannt. Das Belagsmaterial ist sehr angenehm zu begehen, denn es ist relativ weich und wasserdurchlässig. Nachteilig ist die gelegentliche Auswaschung bei starken Regenfällen. ... Beim Einbau wird bereits die spätere Wölbung des Weges berücksichtigt. Das Gefälle beträgt von der Wegmitte zum linken und rechten Rand etwa 2%. Die Neigung in Längsrichtung sollte nicht mehr als 8% betragen, andernfalls ist der Einbau von Stufen nötig.“

(www.gartenfreund.de)

Bei bindigen Böden beginnt der Aufbau im Idealfall mit einer 10 cm starken Frostschutzschicht aus Kiessand (0/32). Darüber folgen 20 cm grober Schotter (16/54), 7 cm grober Splitt (4/8) und etwa 3 cm Kalksteingrus (0/4) als eigentliches Bindematerial. Diese Schicht wird nass eingebaut oder trocken aufgetragen, befeuchtet und anschließend verdichtet. Den Abschluss bildet ein Überwurf mit feinem Splitt (4/6).



Wichtige Details

Unser Autor, Dr. Stephan Worsack, schrieb an die Stadtverwaltung zum Bebauungsplan Nr. 8:

Ich hatte mich schon im Mai 2005 mit Anregungen beteiligt. Viele meiner Anregungen habe ich im jetzt ausgelegten Bebauungsplan wieder gefunden. Folgende Details sind im Bebauungsplan nach meiner Meinung zu ergänzen:

- Die textliche Festsetzung 13.3 zu den Stützmauern ist um folgenden Satz zu ergänzen: „Das Bodenprofil des Gartens darf nur so verändert werden, dass maximal 1,20 m hohe Stützwände erforderlich werden. Stützmauer und Zaun dürfen eine Höhe von insgesamt 1,50 cm nicht überschreiten.“

- Es fehlt eine textliche Festlegung zur Begrenzung der Heckenhöhen am Zaun zum Uferweg. Bitte sehen Sie sich die gepflanzten Hecken im Bereich der schon gesetzten Stützmauern an. Ohne textliche Festsetzung könnte man diese ungehemmt auf 3 m wuchern lassen.

- Im Bebauungsplan ist nur ein Kinderspielplatz am Ende des Uferweges in der Stubenrauchstraße ausgewiesen. Da Kleinkinder keine ausdauernden Spaziergänger sind, sollten bitte mindestens noch zwei weitere Spielplätze ausgewiesen werden.

Im Gespräch mit Freunden und Nachbarn sind jedoch Probleme, die man meiner Meinung nach nicht mit einem Bebauungsplan lösen kann, aufgetaucht.

Skeptiker würden gerne im Bebauungsplan einen Passus haben, der den öffentlichen Weg auch wirklich 24 Stunden

am Tag das ganze Jahr hindurch begehbar macht.

Kann man davon ausgehen, dass die Anzahl der Bootshäuser und Steganlagen nicht noch weiter steigt? Skeptiker sagen: Später werden noch weitere Bootshäuser beantragt? Deshalb meine Frage: Welche Bauten können später als geringfügige Erweiterungen in den Bebauungsplan aufgenommen werden?

Im Bereich Virchowstr. haben wir während der Baumaßnahmen zur Verlegung des Uferweges die massiven Beeinträchtigungen für die Öffentlichkeit gesehen. Die Bürger fürchten gleiche Beeinträchtigungen über viele, viele Jahre. Die Stadt muss außerhalb des Bebauungsplanes eine Regelung schaffen, dass alle privaten Baumaßnahmen am Uferweg am Stück vollzogen werden. Spätere Bauanträge müssen abgelehnt werden.

Wird die Stadt mit der Festlegung der öffentlichen Grünfläche zwischen Uferweg und Ufer wieder die Hoheit über die Bepflanzung erlangen – oder dürfen die Anlieger weiterhin nach persönlichem Geschmack ihre Sichtachsen freilegen?

Im Vorschlag zum Grünordnungsplan für den Bebauungsplan führt der öffentliche Weg im Bereich der Virchowstr. 15 mitten durch das Bootshaus. Bitte stellen Sie eine Konsistenz zwischen Bebauungsplan und Grünordnungsplan her.

Schreiben Sie der Stadt Potsdam erneut!

Seit dem Fall der Mauer wird das ehemalige Grenzgelände auf Beschluss der Potsdamer Stadtverordneten als Erholungsgebiet genutzt.

Der Bebauungsplan Nummer 8 „Griebnitzsee“ sieht einen öffentlichen Wander- und Radweg am See vor und soll außerdem die Flächen zwischen Weg und See dauerhaft für die Öffentlichkeit sichern. Die letzte Bürgerbeteiligung erbrachte die Rekordreaktion von 1300 Zuschriften, dennoch wird eine weitere Zunahme von Bootshäusern, eine Verkleinerung der betretbaren Uferflächen, Verminderung der Zuwege sowie Einschränkungen für Fahrradfahrer geplant. Im Internet kann man sich unter www.potsdam.de/beteiligung genau informieren. Bis zum 10.08.2007 kann sich die Öffentlichkeit erneut am B-Plan-Verfahren beteiligen. Es ist hilfreich, wenn bei der Stadtverwaltung viele Reaktionen eingehen, die das öffentliche Interesse an einem durchgehenden Uferweg für Fußgänger und Radfahrer und an betretbaren Uferflächen aufzeigen.

Schreiben Sie also der Stadt, kopieren Sie das Formular, verteilen Sie es weiter, es geht um Ihr Erholungsgebiet.

Unsere Forderungen:

- Erhalt des Uferparks Griebnitzsee ohne weitere Verkleinerungen
- dauerhafter Erhalt des durchgängigen Rad- und Wanderweges in der Breite von mindestens 3 Metern
- Keine Absperrung der betretbaren Uferflächen
- Beachtung des Bauverbotes an Gewässern

Weitere Formulare unter www.Griebnitzsee.eu

Verantw. i.S.d.P. Susanne Ahlefelder Potthast Behringstraße 94 14482 Potsdam, Dr. Walter Raffauf Virchowstraße 38 14482 Potsdam
Das Formular kann auch in der Virchowstraße 38 abgegeben werden.



Comenius im Rücken

Buntes Markttreiben zum 15. Weberfest in „Nowawes“



Es kümmert ihn wenig, was hinter seinem Rücken passiert, obwohl er zu Lebzeiten ein sehr engagierter Reformpädagoge des 17. Jahrhunderts war. Jan Amos Comenius sitzt im Schatten der Friedrichskirche auf dem Weberplatz in Babelsberg – als Bronzeplastik und genau so groß, dass man ihm in die Augen schauen kann. Als einer der ersten, die die Pädagogik vom Kind aus entwickelten, hätte er wahrscheinlich seine helle Freude an dem dreitägigen Treiben auf dem Weberplatz gehabt. Und zum Glück gibt es in Babelsberg wieder etlichen Nachwuchs, so dass die staunenden und lachenden Kindergesichter an den vielen Aktionsständen immer wieder ein lohnendes Fotomotiv boten. Man konnte Filzen lernen, ein Lehmhaus bauen, Apfelsaft pressen, Jonglieren üben, den Steinmetz unterstützen oder einfach nur von einem ruhigen Ort aus dem bunten Treiben zusehen.

Es zeugt von hoher Qualität, wenn der „Förderkreis Böhmisches Dorf Nowawes und Neuendorf e.V.“ gemeinsam mit dem Fachbereich Kultur und Museum der Stadt Potsdam die guten Konzepte bei der Organisation des Weberfestes alle Jahre wieder nutzt. Asta Rutzke, Textildesignerin aus Mecklenburg-Vorpommern, kommt seit 15 Jahren mit ihrem Webstuhl hierher – trotz langer Anreise. Herbert Akthun, Korbmacher aus Pritzwalk, lässt einen Korb entstehen und beantwortet gern alle Fragen der neugierigen Gäste. „Zum Glück muss ich heutzutage nicht mehr davon leben“, meint der Rentner. „Zu Zeiten der DDR waren Korbwaren rar. Jetzt ist man der Konkurrenz aus dem Osten Europas und aus Asien machtlos ausgesetzt.“

Abseits des fröhlichen Treibens - auf dem gegenüberliegenden Bürgersteig steht eine Frau von der „Bürgerinitiative Babelsberger Park“. Viele ihrer Unterschriftenlisten waren voll, da das Thema „Parkordnung“ brandaktuell ist und viele Gemüter bewegt. Sie berichtete entrüstet, dass ihr tags zuvor die Veranstalter verbieten wollten, vor den Toren des Weberfestes Unterschriften zu sammeln. Eigentlich hatte Sie erwartet, dass engagierte Babelsberger zusammenhalten. Doch weit gefehlt, es wurde die Polizei gerufen, die schlichten musste. Wer hätte das gedacht, das Bürgerinteressen so weit auseinander klaffen.

Stephan Worseck



Babelsbergs historische Wurzeln

Potsdams größter Stadtteil erfreut sich als Wohn- und Erholungsgebiet großer Beliebtheit. Der Ort ist traditionsreich und geschichtsträchtig. Das heutige Babelsberg hat seine Wurzeln in den 1375 im Landbuch Karl IV. erstmals erwähnten Dörfern Neuendorf und Klein Glienicke, in der 1750 gegründeten friderizianischen Weber- und Spinnerkolonie Nowawes und der Villen- und Landhauskolonie Neubabelsberg, deren Anfänge in das Jahr 1873 fallen.

Jeder dieser Bereiche gab dem heutigen Babelsberg sein eigenes Gepräge. Von 1907, dem Jahr der Vereinigung der beiden Landgemeinden Neuendorf und Nowawes, bis 1938 schrieb man für den größten Teil des heutigen Babelsbergs den Namen Nowawes. Nowawes weist auf die böhmischen Wurzeln eines Teils von Babelsberg. 1750 ließ Friedrich der Große auf der Neuendorfer Feldflur eine Kolonie für böhmische Weber und Spinner reformierten Glaubens gründen, die vor der Rekatholisierungspolitik der Habsburger flüchteten. Diese Gründung erhielt den Namen Nowawes, die tschechische Bezeichnung für „neues Dorf“. Die Gründung war gleichermaßen Ausdruck von preußischer Toleranzpoli-

tik und wirtschaftlichem Pragmatismus, denn das nach dem 30-jährigen Krieg ausgeblutete Land benötigte Bevölkerung und Arbeitskräfte. Prägend für die neue Siedlung waren die so genannten Weberhäuser, von denen ca. 250 errichtet wurden und heute noch etwa 80 existieren. Die Siedler waren einfache Leute. In der Mitte des 19. Jahrhunderts war die soziale Not ein die Kolonie beherrschendes Problem. Erst die Maßnahmen des Potsdamer Regierungsrates August Wichgraf, der sich mit dem Pfarrer der Friedrichskirche Viktor Hasse des Problems annahm, schufen zeitweilig Abhilfe. In Nowawes, das sich im 20. Jahrhundert zur größten Industriestadt des damaligen Kreises Teltow entwickelte, blieben soziale Fragen, insbesondere nach dem Zusammenbruch der Textilindustrie im Gefolge des Ersten Weltkriegs Brennpunktthemen.

Herzstück der Kolonie war und ist der Weberplatz, Potsdams wohl schönstes Platzensemble.

Das Dreieck, auf dem die durch Friedrich den Großen gestiftete Kirche steht, wird umrahmt von inzwischen liebevoll sanierten Gebäuden, die von der Geschichte des Ortes erzählen, so das ehemali-

ge Haus der Weberinnung (Nr. 23), auf dessen Hofseite noch die Insignien der Weberinnung zu finden sind, und in dem bis in die dreißiger Jahre unseres Jahrhundert hinein gewebt wurde. Auffällig sind die Gründerzeithäuser, an denen Schwalbennest gleich die Hälfte eines Weberhauses steht. Es kam vor, dass in den Jahren der Industrialisierung eine der beiden Mietsparteien seine Hausseite für den Bau eines Mehrgeschossers veräußerte. Die ehemalige Webschule, heute Bildungszentrum, zeugt vom Bestreben August Wichgrafs die Not der Weber zu lindern. Das Pfarrhaus in der Lutherstraße war während der NS-Zeit ein Treffpunkt der Bekennenden Kirche.

1938 wird Nowawes mit Neubabelsberg vereinigt. In diesem Zug wird der Ortsname ausgelöscht, da dieser durch die Nationalsozialisten als undeutsch verteufelt wurde. Außerdem war der Name mit den Erinnerungen an eine gut organisierte kommunistische und sozialdemokratische Arbeiterbewegung – das rote Nowawes – verbunden.

Almuth Püschel



Potsdamer Linksjugend [solid] macht mobil

Seit einem guten Jahr wird die Linksjugend [solid] durch eine alte Feuerwehr, Baujahr 1984, begleitet. Nach dem letzten Sommercamp liebevoll auf den Namen "Emmi" getauft, sind wir mit ihr bei Demos, Infoständen und dem G8 Gipfel unterwegs, um unseren Jugendverband größer und bekannter zu machen. Die Feuerwehr hat uns viele treue Dienste erwiesen und soll dies auch in der Zukunft tun. Leider steht sie bisher völlig ungeschützt unter freiem Himmel. Nun sucht die Jugend ein Zuhause – nicht für sich, sondern für die Emmi. Eine schöne große Garage zum Mieten, damit auch der nächste Winter gut überstanden wird.

Wenn jemand uns helfen kann ein Zuhause für unsere Feuerwehr Emmi zu finden, wäre dies toll.

Bei Ideen, Vorschlägen und Angeboten sind wir erreichbar unter:

potsdam@solid-brandenburg.de
und/oder 0151/16679126

Betriebskosten im Visier

Interview: Jörn-Michael Westphal, Sprecher der Potsdamer GEWOBA

Ist schon jetzt absehbar, auf was sich die Mieter bei der Betriebskostenabrechnung zum Ende des Jahres einstellen können?

Insgesamt rechnen wir durchschnittlich mit moderaten Abrechnungsergebnissen für den Zeitraum 01.01.2006 - 31.12.2006. Insbesondere in Folge erfolgreicher Vertragsverhandlungen durch die PRO POTSDAM kam es zu kräftigen Kostenminderungen bei den Straßenreinigungs-, Winterdienst- und Grünpflegelkosten. Diese haben dazu geführt, dass bei den kalten Betriebskosten überwiegend mit einem Guthaben zu rechnen ist. Allerdings werden die Einsparungen durch die Kostensteigerungen bei Fernwärme, Gas und Strom "aufgefressen". Dies ist die Folge der starken Tarifierhebungen durch den Energieversorger EWP Ende 2005 und Ende 2006. Ungeachtet der hier getroffenen Aussagen kann es entsprechend des individuellen Verbrauchs selbstverständlich zu höheren Nachzahlungen, bzw. bei sehr sparsamen Mietern, zu überdurchschnittlichen Guthaben kommen.

Was kann der Vermieter tun, um die Betriebskosten zu senken?

Dort, wo Vertragsverhandlungen möglich sind, kann auf die Qualität der Ver-

tragsleistungen und die Höhe der Vergütungen im Interesse der Mieterschaft Einfluss genommen werden. Dies ist jedoch nicht bei kommunalen Gebühren (Wasser, Grundsteuer, Schornsteinfeger etc.) möglich, da hier satzungsgemäße Tarife gelten. Das Verhältnis kommunaler Gebühren zu privatwirtschaftlichen Kosten bezifferte sich für den Abrechnungszeitraum 2005 wie folgt: kommunale Gebühren 73%, privatwirtschaftlich beauftragte Kosten 27%. Dies zeigt, wie beschränkt die Möglichkeiten des Vermieters diesbezüglich sind.

Wie kann der Mieter durch eigenes Verhalten dazu beitragen Betriebskosten zu sparen?

Da gibt es natürlich eine Vielzahl von Möglichkeiten. Wir versuchen uns durch Vorbildverhalten als "Ökologisches Unternehmen" zu profilieren. Dazu gehört, dass wir unseren Mietern, u.a. auf unserer Homepage und in der Mieterzeitung, Tipps sowie Anregungen geben, wie man Kosten sparen kann. Besonders heben wir gegenüber unseren Mietern den bewussten Umgang mit Energie und Wasser heraus. Aber auch darauf zu achten, möglichst verpackungsarme Produkte zu kaufen, was hilft, die Müllgebühren niedriger zu halten.

Könnten aus Sicht der GEWOBA die Betriebskosten auch durch die Neuorganisation der städtischen Leistungen verringert werden, also z.B., wenn die Straßen- und Gehwegreinigung territorial organisiert wird und nicht wie bisher die Abrechnung nach Reinigungsklassen erfolgt? Könnte eine territoriale Organisation auch bei der Müllabfuhr zu Kosteneinsparungen führen?

Ja, z. B. durch die Abschaffung der pro Kopf-Gebühr bei den Müllkosten und Umlage dieser Gebühr auf die Tonnengebühr und darüber hinaus durch die Einführung einer auch für die Mieter nachvollziehbaren Straßenreinigungsgebühr. Wir verweisen hier insbesondere auf das Problem mit den Eckgrundstücken. Auch



in anderen Kostenarten sind Einsparungen denkbar, wenn sich die verschiedenen Eigentümer, darunter auch die Stadt, anders organisieren.

Gibt es Ideen, wie die Betriebskosten, die durch städtische Dienstleister entstehen, besser und transparenter nachvollzogen werden können?

Eine Plattform ist gegenwärtig u.a. die Arbeitsgruppe Wohnkosten, die sich unter der Regie der Stadtverwaltung und Teilnahme verschiedener Eigentümer in losen Zeitabständen trifft. Hier werden durch die Stadtverwaltung erste Schritte unternommen, städtische Gebühren nachvollziehbarer zu vermitteln, was bisher nur begrenzt erfolgreich war. Die im Arbeitskreis Stadtspreuere zusammen geschlossenen Vermieter und die Potsdamer Mieterverbände drängen in der Arbeitsgruppe derzeit gemeinsam auf ein ergebnisorientierteres Herangehen.

Gibt es Überlegungen, wie die Betriebskostenabrechnungen früher erstellt werden können, damit die Mieter die steuerabzugsfähigen Kosten auch noch bei der Steuererklärung angeben können?

Ja, solche Überlegungen existieren und kommen bereits in diesem Jahr zur Umsetzung, jedoch unabhängig von der Thematik der steuerabzugsfähigen Kosten. Erste Abrechnungen gingen dem Mieter in diesem Jahr bereits im Juli zu. Ansonsten spielt das frühe Erstellen der Abrechnung bei der Einkommenssteuer keine Rolle, da die jeweils vorliegende Betriebskostenabrechnung, also in diesem Jahr z.B. die Abrechnung 2005, heran gezogen werden kann, solange die Abrechnung 2006 noch nicht vorliegt.

(Das Gespräch führte Siegmund Krause, Wohnungspol. Sprecher der Linksfraktion in der SVV)



CITROËN

NICHTS BEWEGT SIE WIE EIN CITROËN

AUTOHAUS THONKE GmbH
Alt Nowawes 44/46, 14482 Potsdam

Tel. 0331/70 73 16 und 748 18 69
Fax: 0331/784 27 48

Öffnungszeiten: Mo bis Fr 07.00 bis 18.00 Uhr, Sa 09.00 bis 11.45 Uhr

Typenoffene Werkstatt ■ Bremsen, Auspuff, Stoßdämpfer ■ Glasreparaturen
Reifendienst ■ Hauptuntersuchung ■ Abgastest ■ Klimaanlage-Service

Citroën-Vertragswerkstatt
Tradition seit 1910

E-Mail: thonke@autohaus-thonke.de
Internet: www.autohaus-thonke.de

Tornado-Einsatz rechtmäßig?

Nach dem das Bundesverfassungsgericht über die Organklage der Linksfraktion gegen den Tornado-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan entschieden und ihn für rechtmäßig befunden hat, soll noch einmal Rückschau auf Details der Klage und die Urteilsbegründung gehalten werden.

Weshalb hatte die Linksfraktion geklagt? Der Klage lag die Einschätzung zugrunde, dass der Tornado-Einsatz im Rahmen der ISAF gegen den Geist des NATO-Vertrages von 1955 verstößt, weil das Abkommen nur ein regionales Verteidigungsbündnis im euro-atlantischen Raum vorsieht. Die Afghanistan-Mission geht deshalb mit einer grundlegenden Vertragsänderung einher, der der Bundestag hätte zustimmen müssen. Darin wird ein Verstoß gegen das Grundgesetz gesehen. Statt Selbstverteidigung im

euro-atlantischen Raum entwickelten sich die Nato-Truppen zu Interventionsstruppen, um für die US-Regierung Rohstoffe und Einfluss zu sichern. Zudem liegt die Befürchtung nahe, dass die Bundeswehrsoldaten in völkerrechtswidrige Kämpfe verwickelt werden könnten, da der Vize-Oberkommandierende des ISAF-Einsatzes gleichzeitig für die amerikanischen Anti-Taliban-Truppen zuständig ist. Wer kann schon garantieren, dass die Filme der Tornado-Aufklärer nicht für Offensiven der Guerilla-Bekämpfung benutzt werden?

Diese Auffassung wiesen die Karlsruher Richter nun zurück. Der ISAF-Einsatz dient laut Urteil „der Sicherheit des euro-atlantischen Raums“. Deshalb verstoße ein Krisenreaktionseinsatz wie in Afghanistan nicht gegen die regionalen Begrenzungen des NATO-Vertrags.

Gericht festgestellte Aufgabentrennung von ISAF und der (völkerrechtswidrigen) OEF den Tatsachen entspricht, zumal es sich lediglich auf die Aussage des Generalinspektors beruft. Gregor Gysi spricht sich für eine Überprüfung aus. Sollten die Tornado-Bilder auch der OEF zugänglich



Zudem gingen die Richter von einer klaren Aufgabentrennung der beiden militärischen Missionen ISAF mit Genehmigung des Weltsicherheitsrates unter Führung der NATO und OEF ohne Genehmigung des Weltsicherheitsrates aus. Diese Auffassung basiert auf der Aussage des Generalinspektors, dass der OEF-Kommandeur ganz woanders säße und ISAF allein entscheide. Ob die OEF-Mission völkerrechtskonform ist, ließen die Richter indes offen.

Wie ist diese Entscheidung zu bewerten? Die Linke bezweifelt, dass die vom

sein, liegt wohl ein Verfassungsverstoß vor – auch nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichtes. Wolfgang Neskovic führt das Urteil auf eine einfache Formel zurück: Wenn die NATO irgendwo militärisch eingreift ist der Bezug zum euro-atlantischen Raum dadurch gewahrt, dass sie eingreift, denn wenn es keinen Bezug gäbe, dann würde sie ja nicht eingreifen. Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung spricht in diesem Zusammenhang von einem „Blanko-Scheck“, welche jedweder NATO-Strategie Tür und Tor öffnet.

NEIN zum Krieg

Der Parteivorstand DIE LINKE beschloss Anfang Juli Maßnahmen zur Unterstützung der bundesweiten **Demonstration und Kundgebung der Friedensbewegung am 15. September 2007 in Berlin**. Im Beschluss heißt es: „Im September und Oktober wird der Deutsche Bundestag erneut über die Verlängerung bzw. Nichtverlängerung der Afghanistan-Mandate entscheiden. Im September stehen das ISAF-Mandat und der Tornado-Einsatz zur Entscheidung. Im Oktober muss über eine Verlängerung des Mandats zur Operation Enduring Freedom entschieden werden. Es steht also die Entscheidungsfrage: Bleibt die Bundeswehr in Afghanistan oder wird die Bundeswehr abgezogen. Eine Bevölkerungsmehrheit ist für den Abzug der Bundeswehr, DIE LINKE setzt sich für einen sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan ein.“ Der Parteivorstand ruft die Mitgliedschaft auf, an der Aktion der Friedensbewegung im September in Berlin teilzunehmen und viele Menschen dafür zu gewinnen. DIE LINKE unterstützt den Aufruf der Friedensbewegung und wird unter der Überschrift „Bundeswehr raus aus Afghanistan!“ **Unterschriften zu einem Aufruf sammeln**, in dem es heißt: „Ich appelliere an die Abgeordneten des Bundestages: Sagen Sie Nein zur Verlängerung des Mandats der Bundeswehr für den Krieg in Afghanistan.“

SIEHE: www.bundeswehr-raus-aus-afghanistan.de/

Zum „4. Märkischen Gärtnerball“ am 29. September 2007

im Griechischen Restaurant „Syrtaki“ im Potsdam-Bornstedt bestelle ich verbindlich

..... Ballkarten zum Preis von 30,00 Euro/Karte

Ich bezahle im voraus (nach schriftlicher Bestätigung) per Überweisung auf das Konto bei der Deutschen Bank Berlin. Zahlungsempfänger: Gärtnerpost, Kennwort: Ballkarten 2007; Kto.-Nr. o 311 654; BLZ: 100 700 00 oder spätestens bei Rechnungslegung.

Name, Vorname:

Anschrift:

Ort/Datum:

Unterschrift

Ausschneiden und senden an: petit édition Potsdam/Redaktion „Potsdams andere Seiten“, Friedrich-Ebert-Straße 38, 14469 Potsdam

Gärtnerball auch für „PaS“-LeserInnen

Jeweils zum Ende des Gartenjahres feiern Potsdams Kleingärtner gemeinsam mit Gästen – eingeladen sind auch in diesem Jahr die Parteienvertreter der Potsdamer SVV - ihren „Märkischen Gärtnerball“. In 2007 soll der nunmehr 4. Gärtnerball am Sonnabend, 29. September, in der Gaststätte „Syrtaki“ (ehemals „Katharinenholz“) in Potsdam-Bornstedt über die Bühne gehen. Und auch in diesem Jahr erwartet die Gäste zum Ballkartenpreis von nur 30,00 € wieder ein illustres Programm. Zwei Live-SängerInnen werden dabei sein und orientalische Tanzdarbietungen. Im Eintrittspreis inbegriffen ist auch die Teilnahme an einer Tombola, deren Hauptpreise Reisen sind. Und schließlich ebenfalls inklusiv ist das reichliche Kalt-Warm-Buffet.

Was tun? Nun, ganz einfach. Sie schneiden den unten stehenden Coupon aus und senden ihn ausgefüllt an unsere Redaktion.

Öffentliche Ausstellungs-
führungen mit der Kurato-
rin Gudrun Gorka-Reimus:
Samstags, jeweils 15.00 Uhr,
1.09., 22.09., 27.10., 17.11.,
15.12.2007
Vorführung Keramikmale-
rei mit Christa Tourmo, Ke-
ramikmalerin der HB-Werk-
stätten Marwitz:
25./26.08., 27./28.10.,
17./18.11.2007 jeweils 10.00
bis 18.00 Uhr

„Es sind doch bloß Töpfe!“

Zum 100.Geburtstag von Hedwig Bollhagen

Wer kennt das typische Signum HB nicht und hat vielleicht vor Jahren schon manches mit diesen Initialen gekauft? Hedwig Bollhagen und ihre unverwechselbare Keramik. Sofort hat man die Formen, Muster und Farben vor Augen: schön und zugleich funktional ist ihr Geschirr. Jetzt wäre die Künstlerin 100 Jahre alt geworden. Das Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte ehrt sie und ihr Werk aus diesem Anlass mit einer Ausstellung.

Vorgestellt wird der Lebensweg einer Frau, die als Zeitzeugin des 20. Jahrhunderts die Zäsuren deutscher Geschichte mit erlebt und in ihr gewirkt hat. Sie war Keramikerin, Unternehmerin und – wie man heute sagt – Designerin in einer Person. Bollhagens Schaffen fand nationale sowie internationale Anerkennung. Der von der Künstlerin geprägte Satz „Es sind doch nur Töpfe!“ charakterisiert die Persönlichkeit der HB und zeigt auf die ihr gemäße Art, dass Ursprünglichkeit und Kunstsinne kein Widerspruch sein muss.

Ihr Credo ist die „Ästhetik für Jedermann“. Diese Grundidee gibt den Kannen, Tellern, Tas-

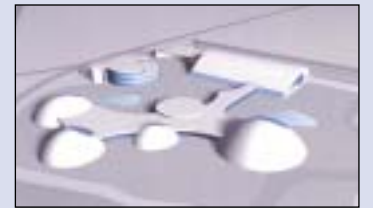
sen, Vasen, Schalen, Schüsseln, Dosen, Näpfen und den vielen anderen Dingen die unverwechselbare Form und Ausstrahlung. All dies kann man sich im Kutschstall am Neuen Markt anschauen, und noch viel mehr. Die Schau vermittelt nicht nur einen repräsentativen Gesamteindruck in die Entwicklung der HB-Produkte, sondern sie gibt ebenso atmosphärische Einblicke in das private und betriebliche Leben Hedwig Bollhagens.

Über den technischen Produktionsprozess der HB-Werkstätten im brandenburgischen Marwitz kann man sich an einer Medienstation informieren und Interessantes erfahren.

Darüber hinaus bietet das Haus gemeinsam mit der Kunstschule Potsdam ein Projekt für Schüler unter dem Bollhagen-Motto „Es sind doch bloß Töpfe“ an, das sogar einen Fahrkostenzuschuss für Schüler aus Berlin und Brandenburg gewährt.

Sehr zu empfehlen ist das Begleitbuch zur Ausstellung herausgegeben von Gudrun Gorka-Reimus im Auftrag des HBPG.

Dr. Karin Schröter



Wenn Luftschlösser baden gehen

Eigentlich müssten Potsdamer Oberbürgermeister ja glückliche Leute sein. Stets können sie auf die tatkräftige Unterstützung von Menschen mit tollen Ideen für Potsdams Zukunft bauen. Das hat in der Landeshauptstadt Tradition. Gleich nach der Wende gab es einen Baustadtrat, von dem unter anderem der Potsdamer Hauptbahnhof seinen Spitznamen „Panzerkreuzer Kaminski“ bekam. Der plante unter anderem auch einen Tunnel unter der Berliner Vorstadt und der Kolonie Alexandrowka hindurch, um Potsdamer Verkehrsprobleme zu lösen. Dies scheiterte neben dem lieben Geld auch an ziemlich feuchten Untergrund der Stadt. Auch über die dritte Havelbrücke wird schon seit Jahrzehnten debattiert – mehr aber auch nicht. Und das Schloss, das nun doch nur ein Landtag mit teils historischer Fassade wird, wollen wir hier lieber gar nicht erwähnen.

Und dann ist da noch das Niemeyer-Bad. Irgendwie scheinen die Stadtwerke geahnt zu haben, dass das mit der Landesförderung nun nicht mehr ganz so klappt, wie gedacht. Denn die Begrünung des Baufeldes begann bereits einen Monat vor dem offiziell verkündeten Aus für das prestigeträchtige Objekt. Damit hat Potsdam jetzt aber immerhin die vermutlich teuerste Grünfläche Europas: 100.000 Euro für den Rasen, 4 Mio. für die Bauaufherrichtung, 700.000 für den Architekten und ein wenig Kleingeld für Gutachter, PR-Maßnahmen usw. Aber Gott sei Dank sind die Stadtwerke ja in mehreren Geschäftsfeldern aktiv. Wann sind eigentlich die Energiepreise das letzte Mal gestiegen?

Dabei müsste doch nur mal jemand die vielen tollen Ideen sinnvoll zusammenbringen. Zum Beispiel den Tunnel unter der Innenstadt, der sich aufgrund des schon erwähnten feuchten Untergrundes in Kürze ganz von selbst mit Wasser füllen würde. Und ein unterirdisches Freizeitbad wäre doch wirklich ein innovatives Projekt mit echtem Erlebnismehrwert.

Das würde bestimmt auch überregionale Besucher anziehen und böte manchem Lokalpolitiker die Möglichkeit, das von hochfliegenden Plänen erhitzte Gemüt wieder auf Normaltemperatur herunterzukühlen.

wolle

• tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine •

Montag, 06. August:

„Entdeckung USA“. Die Dahlweid Stiftung im Zentrum-Ost lädt Sie ein zu einem Spaziergang mit Karl Kreutz. Entdecken Sie die USA, so könnte man beim Anschauen dieses Videos sagen. USA, das sind pulsierende Metropolen, historische Stätten und schwindelerregende Wolkenkratzer. USA, das ist aber auch endlose Natur und das sind phantastische Landschaften. Beginn: 14.30 Uhr.

Dienstag, 07. August:

„TTT – Tausend Takte Tanzmusik“ aus der Reihe „Singen, Lachen, Tanzen mit Gretel Strauch und Manfred Bischoff“ Die Dahlweid Stiftung lädt Sie ein zu „Tausend Takte Tanzmusik“ zum Zuhören, Mitsingen, Schunkeln, Lachen und vor allem zum Tanzen. Beginn: 14.00 Uhr

Donnerstag, 9. August:

Jugendherberge Schulstraße 9, Raum 122/123. Arbeitstreffen der BI „Griebnitzsee für alle“. Beginn: 20.00Uhr.

Dienstag, 14. August:

„Mein Indien – persönliche Erlebnisse bei einer Reise durch das Land der Kontraste – Teil 1: Delhi“ (die Veranstaltungsreihe wird fortgesetzt) Die Dahlweid Stiftung lädt Sie ein zu einer interessanten und abenteuerlichen Reise ganz allein durch Indien. Ingrid Püschel erzählt in ihrem Film von ihren ganz persönlichen Erlebnissen im Land der 100 Völker mit 700 Sprachen und zwei Millionen Göttern und von ihren privaten Begegnungen mit lebenswerten Menschen. Als Ehrengast einer indischen Hochzeit hat sie eine ganz persönliche

Sichtweise auf das Leben im Land der Kontraste gewonnen. Beginn: 14.30 Uhr

Dienstag, 21. August:

Im Gespräch mit unserem Stadtverordneten Dr. Herbert Schlomm. „Lust und Frust um Potsdams Mitte“. Historisches und Aktuelles rund um den Alten und Neuen Markt und den Lustgarten. Ort: Dahlweid-Stiftung. Beginn: 14.30 Uhr

Mittwoch, 22. August:


„18, 20, Buben 'raus“. Skatturnier in der Dahlweid-Stiftung unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. Alle Teilnehmer erhalten kleine Preise. Beginn: 13.30 Uhr

Samstag, 25. August:

Der besondere Stadtspaziergang „Lust und Frust

um Potsdams Mitte“. Historisches und Aktuelles erzählt Dr. Herbert Schlomm bei einem Spaziergang zwischen Altem

Markt, Neuem Markt und Lustgarten. Treffpunkt: Am Obelisk. Beginn: 14.00 Uhr



Physiotherapie
Voitel
Inh. Jaqueline Ihnow

Fachphysiotherapie für
neurologische
und
Extremitätenschäden

- Ganzheitliche Therapie
- Manualtherapie
- Therapie nach Bobath und Voita
- Skoliotherapie nach Schroth
- SRT-Zeptoring

Hebbelstraße 6
14469 Potsdam
Tel. 0331 2800 453



diskothek
bluelight
potsdam

MUSIK UND MODERATION
Hochzeiten, Geburtstage, Stadt- oder Kinderfeste,
Firmen- oder Vereinsveranstaltungen,
Tanz- und Strandpartys, Karneval u.v.a.m.

0172 / 385 32 81